

Salle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1915. Nr. 108.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Angabe für Halle und Saale 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich ausser an Feiertagen. Sonntags- und Feiertagsausgaben (inkl. Postgebühren) 1/4 M. Unterhaltungsblätter (Sonntagsblätter), Landw. Mitteilungen, Illustrierte Modeblätter, Heftliche Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Abgabe für die Postgebühren: Halle'sche Zeitung oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Verkauf am Eckhaus bei reaktionärer Zeit die Halle 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Seisiger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Redaktions-Telefon 8110. Ubrichtel: Dr. Straßner-Heidberg, Halle (Saale).

Mittwoch, 5. März 1915.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Kurirtel Nr. 6200. Druck und Verlag von Otto Heise, Halle (Saale).

England und Frankreich.

Das politische Interesse, das sich in letzter Zeit mehr und mehr vom Balkankrieg und den damit zusammenhängenden Problemen abzuwenden beginnt, erhält jetzt eine neue Nahrung und findet einen neuen Gegenstand. Der gewaltige Appell an den Patriotismus des deutschen Volkes und besonders seiner befehligen Klassen, der sich vorzubereiten scheint, erregt schon jetzt die lebhafteste Aufmerksamkeit des Auslandes. Dabei ist erfreulich, daß man insbesondere in London nicht im Zweifel darüber zu sein scheint, wo in Wahrheit der Antichrist zu der neuen Beunruhigung der europäischen Welt ausgegangen ist. Seit einigen Monaten schon kann es geradezu als der bedeutendste Zug in der europäischen Konstellation gelten, daß der jenseitigen Zeit, in der der Dreißigjährigen Krieg in ungeheurer Nähe befehtigt, die Triple-Entente durch unzweideutige Proteste Englands gegen gewisse Eigentümlichkeiten der französischen Politik eine Erschütterung erleidet.

Der neueste Beitrag zu diesem Thema ist ein Leitartikel der „Times“, in dem Sühes und Bitters eigentümlich gemischt erscheint. Das Citibloß, das niemals deutschfreundlich war, schreibt über das neue Frankreich: Wir sind sicher, daß Poincaré keine Politik ins Auge fassen wird, die nicht die volle Billigung aller Vorkamer der Triple-Entente und der großen arbeitenden Massen des Landes bezieht, deren befähigter, praktischer Sinn die wahre Meinung Frankreichs bildet. Er kennt die Bedingungen, unter denen allein jene Billigung erfolgen kann, und er weiß, daß Mäßigung und Mäßigkeit in Wort und Tat dazu gehören. Wir halten den Präsidenten auch nicht für einen Schwächling, der sich gegen sein eigenes Urteil zu Unflughen verleiten oder zwingen ließe. Aus allen diesen Gründen sind wir nicht geneigt, den extravaganten Behauptungen des Chauvinismus, die aus Paris gemeldet werden, eine übergrößige Bedeutung beizulegen. Wir freuen uns über den Geist des Selbstvertrauens des neuen Frankreichs, wir freuen uns über den unerkennbaren Schneid und Elan der französischen Truppen, und wir achten die Bereitwilligkeit, mit der die französische Nation der Forderung neuer Opfer für die Landesverteidigung entgegensteht. Aber wir ziehen mit Bedauern, daß diese Zeichen von echtem Patriotismus von propagandistischen Reden, Schritten um begleitet werden. Welche Fragen, die die Lage Europas kennen, müssen durch die Art unruhig werden, wie die Chauvinisten, und vielleicht nicht die Chauvinisten allein, Eifersüchtigen in den Vordergrund stellen. Wenn die Franzosen daran denken müssen, so sollten sie sich an Gambetta's Rat erinnern und ihre Gedanken für sich behalten. Denn auf dieser Seite des Kanals, wo die französische Renaisance mit größtem Interesse und größter Sympathie verfolgt wird, können solche Reden nur den Gedanken an einen Neuanfang auslösen, und der Sinn und das Gewissen Englands sind unerbitterlich und unerschütterlich gegen Bedenke- und Angriffskriege. Kriege dieser Art stehen im Widerspruch zu den grundlegenden Prinzipien der Triple-Entente, deren Maison d'être die Erhaltung des Friedens und des Status quo ist.“

Viele Neußerungen sind sicherlich interessant genug, wenn Deutschland auch gut daran tun wird, seine Politik jester zu gründen, als auf die Verunft, welche die „Times“ den Franzosen predigt. B. R.

Der Friede vor der Tür?

Sämtliche Gesandten der Großmächte haben bereits Instruktionen erhalten. Sie werden heute vormittag der bulgarischen Regierung ihre Vermittlung für Friedensverhandlungen anbieten und zum baldigen Friedensschluß raten. Aus gut informierten Kreisen verläutet, daß der Friede vor der Tür stehe. Aus amtlicher Quelle wird bestätigt, daß der Großvezir durch Vermittlung des russischen Botschafters Bulgarien eine Friedensverhandlung gemacht hat, nach welcher die neue Grenze von der Bai bei dem an der Mündung des neuen Mesowaja am Schwarzen Meer gelegenen Orte San

Stefano ausgehen und sodann dem Flußlaufe der Mesowaja und Mariza folgen soll. Adrianopol würde hierbei unter gewissen Garantien Bulgarien zufallen. Ferner wird bekannt, daß die verbündeten Balkanstaaten folgende Bedingungen unterbreiten werden: 1. Alle Feindseligkeiten müssen sofort eingestellt werden; 2. die Türkei tritt Adrianopol, Kutari und Janina ab; 3. die türkisch-bulgarische Grenze geht über Rodosj und Midia; sie wird in ihren Details von einer militärischen türkisch-bulgarischen Kommission festgelegt; 4. die Halbinsel Gallipoli wird an Griechenland abgetreten; 5. die Änellen, die die Griechen im Megalich Meer befehlt haben, fallen Griechenland zu; 6. die Türkei zahlt den Militären eine Kriegsentfädigung, die verliedene befehen werden soll; 7. die Kriegsgefangenen werden bei möglichst kurzer Frist ausgetauscht; 8. dem Sultan wird die Genehmigung erteilt, in den Balkanstaaten einen religiösen Verordnungen zu unterhalten, dem die Verwaltung des Moslems unterstellt ist. — Im „Lancet“ erklärt Hülsmen die Haltung einer Kriegsentfädigung für abgeschlossen und meint, die Bulgaren glauben wohl auf eine Schlachtgebühren für die massierten Frauen und Kinder Anspruch zu haben. „Wenn die Bulgaren durchaus eine Kriegsentfädigung haben wollen“, heißt es weiter, „sollen sie in Lichatalsche holen. Wir werden sie in Schrapellen und Mauerfugeln bezahlen.“

Die rumänisch-bulgarischen Streitfrage ist bereits durch die bisherige nichtamtliche Fühlungnahme festgelegt worden, das Annehmen eine Entscheidung der schwebenden Fragen durch eine in Petersburg unter dem Vorhitz Salonos einzuvernehmende Botschafterversammlung wünscht, und daß auch Bulgarien sich dafür ausgesprochen hat. Es ist möglich, daß die Erklärung noch in amtlicher Form wiederholt wird und daß bereits in kurzer Zeit die Botschafterverammlung ihre Arbeit begeben kann.

Griechen „vernichten“ die türkische Artillerie. Die „Agence d'athenes“ meldet aus Korfu: Gestern vormittag gegen 11 Uhr verließ eine Division der griechischen Schiffsflotte in Schloßordnung den Hafen in der Richtung nach Norden, gefolgt von mehreren Transportschiffen. Gegen 11 Uhr 30 Minuten befehligen die Kriegsschiffe „Santi“ und „Quaranta“. Die Besatzung von Korfu vernahm die Kanonendonner gleich entfernten Donner. Nach telefonischen Nachrichten haben die Türken ihren Widerstand aufgegeben, inwieweit die Flucht ergriffen. Gegen 11 Uhr abends feierten die Transportschiffe nach Korfu zurück. Die griechischen Truppen haben Santi Quaranta besetzt, die türkische Artillerie wurde vernichtet.

Der Albanerkrieg geschlossen. Der Albanerkrieg wurde gestern nachmittag mit einer stürmischen Umgebung für Kaiser Franz Josef und den König von Italien geschlossen. Vorher wurde eine an die Großmächte gerichtete Resolution einstimmig angenommen, in welcher die Absicht ihrer Dankbarkeit für den Entschluß der Großmächte, ein unabhängiges Albanien zu schaffen, Ausdruck geben, gleichzeitig aber die Mächte bitten, die notwendigen Schritte zu unternehmen, das begonnene Werk rasch zu vollenden. Es sei das Lebensinteresse des albanischen Volkes, daß die Wiedergeburt der albanischen Nation der Kriegszustand ein Ende nehmen, damit der Prinz, der der Thron Albanien's bestiegt, nicht bloß einen Trümmerhaufen vorfindet.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 4. März 1915.

Am Bundesratsitzung: Staatssekretär v. Tulpis. Präsident Dr. Raempf eröffnete die Sitzung kurz nach 11 Uhr. Auf der Tagesordnung standen zunächst Anfragen. Die Abg. Gröber und Henßler (Str.) fragten an, ob die Tatsache, daß der Königlich Katholische Kirchenrat in Stuttgart über die Verträge der Jesuitenpatres Silesie und Silesianer Erbschaften anstellen ließ, im Einklang stehe mit der Erklärung des Reichstages vom 4. Dezember 1912, daß man sich bei der Handhabung des Jesuitengesetzes von jeder Rücksicht, von jeder Schilte fernhalte.

Direktor im Reichstag des Innern Dr. Caspar: Der Königlich Katholische Kirchenrat in Stuttgart unterliegt dem Königlich-Bismarck'schen Ministerium des Kirchen- und Schulwesens. Einstweilen liegt keine Veranlassung vor, daß der Reichstangler bei der Königlich-Bismarck'schen Regierung Vorstellungen erhebt. Im Übrigen läßt sich ohne näher tatsächliche Ermittlungen, die der genannten Regierung zu überlassen wären, nicht feststellen, ob der Ertrag mit der Erklärung vom 4. Dezember 1912 vereinbar ist oder nicht. (Heiterkeit im Zentrum.)

Die Abg. Dr. Baalge und Herr v. Wilschusen (Nat.) fragten an, wie der Reichstangler die deutschen Interessenten im Freistaat Liberia gegenüber den Ausbeutungsbestrebungen einer englischen Firma zu schützen gedenkt.

Herr Geh. Staatsrat Dr. Lehmann: Die englische Firma „Cener Brothers“ hat sich bei der liberianischen Regierung um eine Konzession zur wirtschaftlichen Ausbeutung amerindischer Völkereien

verworfen. Die Erstellung der Konzession würde ein nach dem deutsch-liberianischen Handelsvertrage unzulässiges Monopol bedeuten haben. Die liberianische Regierung hat deshalb durch ihren Vertreter in Monrovia gegen die Erstellung der Konzession Verwahrung eingelegt. Nach den vorliegenden amtlichen Nachrichten haben auch die gegebenen Bürgerpflichten von Liberia dem Staatsoberhaupt die erforderliche Zustimmung nicht erteilt. Die liberianische Regierung wird sich auch in Zukunft die Wahrung der vertragsmäßigen Rechte der deutschen Interessenten in Liberia angelegen sein lassen. (Beifall.)

Es folgte die erste Beratung der Gesetzentwürfe betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Staatshaushalts der Schutzgebiete für 1913 (St. a. t.).

Die Entwürfe wurden ohne Debatte der Budgetkommission zur Prüfung überwiesen.

Hierauf setzte das Haus die Spezialberatung des Marineetat's bei den Ausgaben für den Flotten- und Werftetat's fort.

Abg. Gieseler (Str.): Wir müssen wünschen, daß aus den Arbeitsordnungen alle Bestimmungen entfernt werden, welche die Nichtbeschäftigung von Angehörigen bestimmter politischer Parteien vorsehen. Daß die Werftbetriebe zum Monopol der sozialdemokratischen Werftgesellschaften werden, wird ja wohl selbst Herr Brandes nicht wollen. Wir müssen aber auch verlangen, daß die Lieferanten des Reiches dem guten Vorwille der Differenzen mit den Arbeitern ausbreiten, wo eine Einigung an der Bornständigkeit der Unternehmer scheitert, da wäre es ein Vorzug, daß die Marinereverwaltung vermittelt eingreift. Dadurch würde sie sich den Dank der gesamten Arbeiterklasse erwerben.

Abg. Vogler (Soz.): Die gestrigen Erklärungen des Staatssekretärs haben den Arbeitern manche wertvolle Aufklärung verschafft. Wenn der Staatssekretär will, daß unsere Beschwerden aufhören, dann braucht er nur dafür zu sorgen, daß in den Marinerebetrieben die gleichen Arbeitsbedingungen wie in guten Privatbetrieben herrschen. Wir wollen nicht, daß die jugendlichen Arbeiter ausgebeutet und in Gegenlag zur Angst ihrer Eltern gebracht werden. Unsere Jugendbewegung ist nur eine Antwort gegen die bürgerliche. Es sind gewiß Vorkommnisse eingetreten, aber nicht in dem Maße, wie die Arbeiter sie für berechtigt halten. In den letzten Jahren haben sich die Löhne in der Privatindustrie mehr erhöht worden. Sollte der Staatssekretär die Löhne erhöhen, so würde er sich einen hübschen Arbeitsmarkt sichern. Wir scheitern, wo er mit wirtlicher Ruhe einer Arbeitslosigkeit entgegensteht, aber daß ihm das sehr vor Angst zittert, wenn er den Arbeitern dieselben Löhne zahlen soll, wie sie in der Privatindustrie gezahlt werden.

Abg. Str. (Zentr.): Die Behauptung, daß die sozialdemokratischen Arbeiter die tüchtigsten seien, ist geradezu eine Beleidigung für die anderen Arbeiter. Jählich ist auch die Behauptung, daß das Arbeitslohn von den Arbeitern selbst vermehren wird. Die süddeutsche Industrie wird von der Marinereverwaltung noch immer nicht genügend berücksichtigt. Auch auf das bayerische Bier darf ich in diesem Zusammenhang hinweisen; der Brauereimeisternum wird abgenommen, wenn man den Gewinn des Bieres bei der Marine fächert. (Heiterkeit.)

Abg. Admiralitätsrat Harms: Wir werden uns sehr gerne bemühen, die süddeutschen Firmen noch mehr als bisher in den Kreis der Lieferanten für die Marine hereinanzuziehen. Es ist auch hierin schon vieles geschehen. Die Wünsche bezüglich der Verhältnisse werden geprüft werden. Die Einführung der Verhältnismäßigkeit für die Arbeiterentschädigung soll so bald als möglich erfolgen. Auch wir wünschen die Veranlagung der Arbeiterentschädigung. Für die Bureauangehörigen wird eine Verbesserung in Ermüdung ausgesprochen werden. Im nächsten Jahre werden etatsmäßige Stellen für Hilfsdienstleistungen geschaffen werden, auch die Verhältnisse der Werftbetriebe sollen aufgehoben werden. Ferner werden wir sich noch, daß 44 Prozent der Arbeiterlöhne über zehn Jahre im Dienst sind, über fünf Jahre trifft dies bei 60 Prozent an. Wenn wir einen Arbeiter aus der Privatindustrie anstellen, dann werden über ihn keine Nachforschungen angestellt, das ist nur bei Neulingen der Fall. Die Wünsche der Arbeiterentschädigung werden nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Wenn wir Arbeiter vorübergehend einstellen, dann wird ihnen dies gleich von vornherein gesagt. Unsere Löhne sind höher als in der Privatindustrie. Es ist ja möglich, daß manchmal der Einzelne in Privatbetrieben mehr verdient, das trifft aber für die Durchschnittslöhne nicht zu. Sollte es sich jedoch herausstellen, wenn die Statistik für das Jahr 1913 vorliegt, daß dies nicht mehr der Fall ist, dann werden wir unsere Tarife verändern. Bei Betrieben, wie die Kaiserlichen Werften sind, sind Überstunden unumgänglich, weil viel zu häufig unerwartete Anforderungen an uns herantreten.

Abg. Brandes (Soz.): Die Löhne der Kaiserlichen Werften sind nach meinem Material in der Tat niedriger als bei den Privatfirmen. Die Zahl der Kranheitsfälle der Werftarbeiter und die Zahl der Kranheitsfälle gehen zu den und sollten die Veranlagung veranlassen, Remedur eintreten zu lassen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Vogler (Soz.): Gegen die ungeteilte Arbeitszeit sind wirklich durchschlagende Gründe auch heute nicht angeführt worden. Die Veranlagung soll nur einen Versuch damit machen.

Damit schloß die Diskussion.

Die Kommissionsresolution auf Erhaltung eines freien Wettbewerbs der Beamten, Angestellten und Arbeiter in den Marinerebetrieben wurde angenommen, ebenso Resolutionen auf Abschaffung der Besetzung einer Vorkontrollstelle, auf Ausbesserung der Arbeiterentschädigung und Revision der Arbeitsordnung.

Bei einem weiteren Titel wurde eine Resolution angenommen.

Berliner Börse, 4. März 1913

Die Rubrik in dieser Wochenschrift gibt die Zinsentzeme an. Es bedeutet: 7 1/2% d. 1. April 1913 bis 1.1.14 15.5% 1.1.15 bis 1.1.16 17.1% 1.1.17 bis 1.1.18 18.5% 1.1.19 bis 1.1.20 20.0% 1.1.21 bis 1.1.22 21.5% 1.1.23 bis 1.1.24 23.0%

Wochenschrift: 1 Fr. 10. U. u. Post: 20 Pf. — Quart. 5.00 — Halb: 10.00 — Jahr: 40.00 — 1.1.1913: 1.00 — 1.1.1914: 1.00 — 1.1.1915: 1.00 — 1.1.1916: 1.00 — 1.1.1917: 1.00 — 1.1.1918: 1.00 — 1.1.1919: 1.00 — 1.1.1920: 1.00 — 1.1.1921: 1.00 — 1.1.1922: 1.00 — 1.1.1923: 1.00 — 1.1.1924: 1.00

Main table of financial data with columns for various stocks and bonds, including 'Bank-Aktien', 'Deutsche Lose', 'Kriegsanleihen', etc.

Vertical text on the right side of the page, likely containing additional market news or commentary.